

1/2
79

Union in Deutschland

Bonn, den 11. Januar 1979

Fünf große Aufgaben 1979

Mit der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 15. und 16. Januar in Berlin beginnt die parlamentarische Arbeit dieses Jahres. In einem Groß-Canvassing werden zugleich die Abgeordneten wirkungsvoll den Berliner Wahlkampf unterstützen. Die Bürger unseres Landes, stellt Helmut Kohl mit Jahresbeginn fest, werden ihr Vertrauen denjenigen geben, auf deren politische Vernunft sie ihre Hoffnung setzen.

Wir alle sind froh darüber, daß unser Land 1978 von schwerwiegenden Terroranschlägen verschont geblieben ist. Außerdem sind Anzeichen einer leichten Besserung der gesamtwirtschaftlichen Lage festzustellen. Unser Land hat solche Zeichen der Ermutigung bitter nötig. Die Menschen sind nicht bereit, sich an den Zustand einer politischen Dauerkrise zu gewöhnen. Sie brauchen die Zuversicht, daß wir gemeinsam in der Lage sind, mit unseren Problemen heute und auch in der Zukunft fertig zu werden.

Aus meiner Sicht stellen sich uns im nächsten Jahr vorrangig fünf große Aufgaben:

- 1 Die Sicherung der persönlichen Freiheit und individueller Entfaltungsmöglichkeiten gegenüber einer Tendenz zu immer mehr Regelung, Gleichmacherei und Bürokratie.

Weiter auf Seite 2

FAMILIEN

Hausfrauen mit mehreren Kindern werden wieder einmal beachteiltig.

Seite 5

BILDUNG

Partnerschaft und nicht Klassenkampf müssen zukünftigen Weg bestimmen.

Seite 7

WOHNUNGSBAU

Unerwünschte Spekulanten stören Lockerung des Wohnungsmarktes

Seite 11

35-STUNDEN-WOCHE

Ludwig Erhard war nicht dafür

Seite 13

PARTEIARBEIT

Ideen — Taten und Aktionen aus den CDU-Verbänden

Seite 14

DOKUMENTATION

Alternative der Union zur verkehrspolitischen Mißwirtschaft der SPD

grüner Teil

REGISTER

Stichwortverzeichnis für die Nummern 29—45/1978

gelber Teil

EUROPA

Das Meinungsbild in der Gemeinschaft

blauer Teil

Fortsetzung von Seite 1

② Die Wiederherstellung des Vertrauens der Bürger zum Staat angesichts einer Entwicklung zu immer stärkerer sozialer Bevormundung des Bürgers bei gleichzeitigem Abbau der friedens- und ordnungsstiftenden Funktionen des Staates.

③ Die Sicherung einer lebenswerten und menschenwürdigen Zukunft — für alle — insbesondere aber für die junge Generation angesichts einer Politik der SPD/FDP, Gegenwartsprobleme auf Kosten der nachfolgenden Generation zu lösen, deren Zukunft auszuplündern und sie mit Schulden und unbewältigten Konflikten zu belasten.

④ Die Stärkung und Ermutigung der Familien und die Schaffung einer lebensfreundlichen sozialen Umwelt angesichts eines besorgniserregenden Rückgangs der Bevölkerung als Folge jahrelanger materieller Vernachlässigung und psychologischer Verunsicherung der Familien und einer Fehlentwicklung unserer sozialen Umwelt, in der Kälte, Distanz und Anonymität vor allem die immateriellen Qualitäten des menschlichen Zusammenlebens abgebaut haben.

⑤ Die Sicherung des Friedens in Freiheit und partnerschaftlicher Zusammenarbeit angesichts einer Entwicklung, bei der die nationalen Interessen der Bundesrepublik Deutschland ohne politische Notwendigkeit und ohne moralische Rechtfertigung immer wieder als Preis einer Politik der Anpassung zum Opfer gebracht wurden.

Für diese Aufgaben brauchen wir die ganze Kraft unseres Volkes. Alle Parteien und Gruppen unseres Landes müssen dazu mit Vernunft und politischem Augenmaß ihren Beitrag leisten.

■ INFORMATION

Wiedereingliederung von Arbeitslosen

Zu den kürzlich bekanntgegebenen Arbeitsmarktdaten erklärte der Vorsitzende des Arbeitskreises Sozial- und Gesellschaftspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Heinz Franke, nachdenklich mache der Tatbestand, daß die zahlreichen Stellen nicht zügiger besetzt werden könnten und in vielen Berufen gesuchte Fachkräfte nicht verfügbar seien, obwohl Angehörige dieser Berufszweige in großer Zahl arbeitslos seien. Die Bundesregierung solle prüfen, mit welchen Förderungsmaßnahmen in diesen Berufen die durchschnittliche Dauer besonders der Fluktuationsarbeitslosigkeit verkürzt werden könne. Dies wäre auch ein Beitrag zur Entlastung der Haushalte der Bundesanstalt für Arbeit und des ihre Defizite deckenden Bundes. Franke fragt, wann endlich die Bundesregierung sicherstellen werde, daß insbesondere Dauerarbeitslose in das Arbeitsleben wieder eingegliedert würden, nachdem die Regierung durch das Haushaltsgesetz berufliche Förderungsmaßnahmen eingeschränkt habe und damit eine erhebliche Verantwortung dafür trage, daß die Betroffenen zur Zeit nur wenig Hoffnung auf Eingliederung in den Arbeitsprozeß haben könnten.

CDU gedachte Adenauers

Anlässlich des 103. Geburtstages des im Jahre 1967 verstorbenen ersten Kanzlers der Bundesrepublik Deutschland gedachten führende Politiker, Vorstand und Mitarbeiter der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus des großen europäischen Staatsmannes, darunter

Minister a. D. Bruno Heck, der Vorsitzende des CDU-Kreisverbandes Bonn, Alo Hauser und Landrat Franz Möller. „Angesichts der ersten Direktwahlen zum europäischen Parlament kommt diesem Gedenken eine besondere Bedeutung zu“, erklärte Alo Hauser, der einen Kranz für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion niederlegte.

Sympathien für die CDU

Bei einer Umfrage des Emnid-Instituts nach der sympathischsten Partei wurde im Befragungszeitraum vom 6. Oktober bis 2. November 1978 als sympathischste Partei die CDU/CSU von 49 %, die SPD von 43 % und die FDP von 6 % genannt. Die CDU/CSU scheint sich in stark konsolidierender Weise bei einem Sympathiepotential von 49 bis 50 % anzusiedeln.

Rücktrittsrecht für Sektenmitglieder

Auch volljährige Menschen sollen innerhalb einer längeren Frist ein Rücktrittsrecht für alle (vermögensrechtlichen) Erklärungen erhalten, die sie im Zusammenhang mit dem Beitritt zu einer Jugendsekte abgegeben haben. Das forderten die beiden CDU-Parlamentarier Hasinger und Braun. Da die Sektionen größtenteils verlangten, daß ihre Anhänger alle Brücken hinter sich abrächen, seien derartige Erklärungen bisher nach geltender Rechtslage weitgehend unwiderrufbar, betonten die Abgeordneten. Sie erinnerten daran, daß christliche Ordensgemeinschaften auch eine längere, mehrjährige Probezeit kennen. Ferner setzten sich die Abgeordneten dafür ein, die Jugendsektionen zu verpflichten, über den Aufenthalt ihrer Anhänger — auch wenn diese schon volljährig seien — Auskunft zu geben. Es komme vor, daß Gruppen

und Wohngemeinschaften von Sektionen die Auskunft über den Aufenthalt von Mitgliedern verweigerten und sogar wahrheitswidrig behaupteten, ein Jugendlicher befände sich nicht bei ihnen. Die CDU-Abgeordneten setzten sich für eine schnelle und strenge Prüfung der Gemeinnützigkeit von Sektionen durch eine Länderfinanzbehörde ein. Es sei geradezu grotesk, durch Steuerbefreiung Einrichtungen zu fördern, die der Gesellschaft später bei der Rehabilitation ehemaliger Anhänger hohe Kosten verursachten.

Humanitäres Junktim

Die CDU/CSU hat die Bundesregierung davor gewarnt, nicht zweckgebundene Zahlungen an Ost-Berlin zu leisten. Der stellvertretende Vorsitzende des innerdeutschen Ausschusses im Bundestag, Olaf von Wrangel, forderte ein „Junktim“ zwischen Bonner Zahlungen und einem Ostberliner Entgegenkommen auf „humanitärem Feld“.

Eigenes Gemeinwesen für Vietnam-Flüchtlinge

Für die Vietnam-Flüchtlinge sollte nach Ansicht des CDU-Abgeordneten Reddemann ein Gemeinwesen in einem Staat geschaffen werden, der geographisch und klimatisch näher an ihrem Heimatland liegt. Reddemann, der stellvertretende Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Fraktion im Europarat, griff mit diesem Vorschlag in die Diskussion um den Verbleib der Flüchtlinge ein. Reddemann meinte, ein derartiges Gemeinwesen könne in Zusammenarbeit von Europäischer Gemeinschaft und Vereinten Nationen geschaffen werden. Die EG sollte gemeinsam mit den UNO-Institutionen in einem entsprechenden Land ein bisher menschenleeres Territorium pachten und die Kosten für den Aufbau der Siedlungen übernehmen.

■ EUROPAPOLITIK

Keine Impulse durch die Bundesregierung

Das Jahr 1979 wird entscheidend von der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament mitgeprägt werden. Dies ist Anlaß genug, um eine Bilanz der deutschen Europapolitik zu ziehen. Die jetzt beendete halbjährliche deutsche Präsidentenschaft im Europäischen Rat mit ihren Ergebnissen veranlaßt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion daher, in einer Großen Anfrage Auskunft von der Bundesregierung über ihre Europapolitik zu verlangen.

Die Ergebnislosigkeit der Verhandlungen in der Fischereipolitik, aber auch zum Beispiel der Agrar-, Energie- und Verkehrspolitik, stellte der Vorsitzende der CD-Fraktion im Europäischen Parlament, MdB Egon A. Klepsch, auf einer Pressekonferenz in Bonn fest, macht die absolute Notwendigkeit einer Revision der Entscheidungsmechanismen im Ministerrat aufs neue deutlich. Entgegen den Ankündigungen am Beginn der deutschen Präsidentenschaft sind jedoch in dieser zentralen Frage der Existenz einer funktionsfähigen Gemeinschaft keine Initiativen von der Bundesregierung ergriffen worden.

Auch die Beitragsverhandlungen mit Griechenland, die einen geeigneten An-

laß zum Überdenken der Entscheidungsmechanismen in der Gemeinschaft boten, wurden nicht genutzt. Die Beitragsverhandlungen haben sich ausschließlich auf die arithmetische Anpassung der Institutionen beschränkt und die Frage ihres reibungslosen Funktionierens völlig außer acht gelassen.

Somit fehlt auch der deutschen Präsidentenschaft der politische Wille und die Kraft, die allein die entscheidenden Impulse zur institutionellen Fortentwicklung der Gemeinschaft und zur Überwindung der seit Jahren dauernden politischen Immobilität in Europa geben können.

Auch hinsichtlich der Einführung des Europäischen Währungssystems erscheint Euphorie unangebracht. Die Schwierigkeiten, die den termingerechten Beginn dieses Systems zum 1. Januar 1979 bereits verhinderten, belegen die Ansicht der Union, daß es nur dann funktions- und lebensfähig sein wird, wenn eine umfassende Abstimmung der Mitgliedsstaaten in der Wirtschafts- und Finanzpolitik gelingt.

Darüber hinaus droht die „kleineuropäische“ Lösung ohne Teilnahme Griechenlands zu einem Europa der zweierlei Partner zu führen. Die Gefahr einer solchen auseinanderlaufenden Entwicklung kann nicht geleugnet werden. Gefährlicher noch ist, daß wichtige Teile der Europäischen Einigung durch fort dauernde Arbeitslosigkeit, durch unge löste Strukturprobleme und wachsenden Protektionismus gefährdet sind.

Auch der Stand der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) zeigt, daß das bei der Übernahme der Präsidentenschaft von der Bundesregierung vorgelegte Programm nicht erreicht wurde.

■ FAMILIENPOLITIK

Hausfrauen mit mehreren Kindern werden wieder einmal benachteiligt

Zu der Verabschiedung des Gesetzentwurfs zur Einführung eines Mutterschaftsurlaubsgeldes durch das Bundeskabinett weist der Vorsitzende des Arbeitskreises IV — Sozial- und Gesellschaftspolitik der Bundestagsfraktion, MdB Heinz Franke, an einem konkreten Beispiel nach, daß die die Hausfrauen ausschließende Mutterschaftsurlaubsgeldlösung politisch falsch ist. Heinz Franke stellt unter anderem fest:

Die geplante Ausweitung der Kündigungsschutzfrist um zwei Monate auf bis zu sechs Monate nach der Geburt eines Kindes und die Einführung eines Mutterschaftsurlaubsgeldes im Anschluß an die Mutterschaftsleistungen bis zu 4×750 DM beschränken sich leider nur auf vorher berufstätige Frauen. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung ist deshalb unzureichend, weil er die Hausfrauen prinzipiell von den geplanten Verbesserungen ausschließt.

Die darin liegende Diskriminierung von etwa zwei Dritteln der Familien, in die ein zweites oder weiteres Kind geboren wird, ist nach dem Konzept der CDU/CSU ausgeschlossen. Es gibt sachlich und politisch keine Rechtfertigung dafür, daß aus Steuermitteln verbesserte Leistungen anlässlich der Mutterschaft

ausschließlich nur berufstätigen Frauen zugute kommen.

Sofern die Regierung bei den weiteren Beratungen das von der CDU/CSU-Fraktion geforderte Familiengeld auch für Hausfrauen ablehnen sollte, werden mehr Frauen als bisher vor der Geburt eines weiteren Kindes berufstätig werden, um nicht nur in den Genuß des Mutterschaftsgeldes, sondern auch des künftig zusätzlich vorgesehenen Mutterschaftsurlaubsgeldes in Höhe von 3 000 DM zu kommen.

Eine große Zahl von Frauen hat nämlich die Möglichkeit, innerhalb einer Frist von drei Jahren nach § 104 Abs. 3 Arbeitsförderungsgesetz vor der Geburt eines zweiten Kindes Arbeitslosengeldansprüche geltend zu machen, wenn die Mutter bis zur Geburt des ersten Kindes gearbeitet hatte. Das nachstehende Beispiel, das das Leistungsrecht ab 1. Juli 1979 berücksichtigt, macht dies deutlich:

Im März 1977 wurde der letzte Beitrag an die Bundesanstalt für Arbeit entrichtet. Mit Wirkung vom 1. April 1977 begann die sechswöchige Mutterschutzfrist vor der Entbindung, die Geburt erfolgte zum vorausberechneten Zeitpunkt Mitte Mai 1977. Daran schloß sich die achtwöchige Mutterschutzfrist nach der Geburt des Kindes an. Das Arbeitsverhältnis wurde dann im Interesse der Betreuung des Kleinkindes aufgegeben. Für die Folgezeit wird unterstellt, daß

das zweite Kind am 15. Januar 1980 geboren wird. Die Mutter kann sich dann zum 1. Juli 1979 arbeitsuchend melden. Sie erfüllt dann innerhalb der dreijährigen Rahmenfrist die Anwartschaft für einen Arbeitslosengeldanspruch von sechs Monaten. Davon braucht sie aber (für den Fall einer Verzögerung der Geburt) nur etwa fünf Monate auszuschöpfen, um Anfang Dezember 1979 Mutterschaftsgeld für sechs Wochen vor und acht Wochen nach der Entbindung in Höhe des Arbeitslosengeldes beanspruchen zu können und außerdem in den Genuß von anschließenden vier Monaten Mutterschaftsurlaubsgeldanspruch in Höhe des Arbeitslosengeldes, jedoch höchstens 750 DM monatlich, kommen zu können.

Voraussetzung ist, daß der Arbeitslosengeldanspruch nicht vorher von der Frau (etwa als Teilzeitarbeitsuchende) ausgeschöpft wurde. Die finanziellen Auswirkungen für die Familie werden deutlich, wenn man — dazu noch in Verbindung mit einem nahezu idealen Geburtenabstand — einen Bruttomonatslohn von 2 100 DM unterstellt.

Bei Steuerklasse V resultieren daraus für 22 Wochen ein wöchentliches Arbeitslosengeld von 163,20 DM und für 14 Wochen ein Mutterschaftsgeld in gleicher Höhe, danach ein Mutterschaftsurlaub von jeweils 707,20 DM für vier Monate. Die Gesamtleistung beträgt 8 704 DM. Würde das zweite Kind dagegen über ein halbes Jahr später geboren, ginge die Familie völlig leer aus.

Allein dies ist für die CDU/CSU Grund genug, für ein redliches Familiengeld für alle Mütter nach der Geburt eines Kindes einzutreten.

Das jetzt vom Bundeskabinett vorgese-

hene Mutterschaftsurlaubsgeld ist der konsequente Einstieg in eine Familienpolitik, die entsprechend den programmatischen Aussagen der SPD auf Erwerbstätigkeit beider Elternteile und weitgehende Erziehung des Kindes durch außerfamiliale Träger ausgerichtet ist, es aber einem Elternteil erleichtern will, in der Kleinstkindphase zeitweilig die Berufstätigkeit zu unterbrechen. Diese Generallinie der SPD, die durch bestimmte Tendenzen im Recht der elterlichen Sorge und im Jugendhilferecht abgestützt werden soll, wird auf härtesten Widerstand der CDU/CSU stoßen.

Eine Familienpolitik, die auch den Schutz des ungeborenen Lebens sichern und fördern will, muß auch Familien mit einem Ernährer ausreichend sozial absichern. Der neue „Rekord“ von 18 938 gemeldeten Schwangerschaftsabbrüchen im dritten Quartal 1978, davon 67 % soziale Indikation, ist ein Skandal.

Das derzeitige Geburtendefizit kann nur überwunden werden, wenn vor allem mehr zweite und weitere Kinder geboren werden. Deswegen ist eine stärkere Förderung für die Familien unverzichtbar, in denen ein Elternteil wegen der Erziehung vorgeborener Kinder auf außerhäusliche Berufstätigkeit verzichtet. Hier liegen die größten Chancen zur Geburtenförderung. Eine einseitig auf berufstätige Frauen orientierte Familienförderungspolitik muß dagegenscheitern.

Aus allen dargelegten Gründen wird die CDU/CSU alle Möglichkeiten ausschöpfen, das umfassendere Konzept eines Familiengeldes durchzusetzen. Angesichts ihrer begrenzten Möglichkeiten in der Gesetzgebung wird sie mit voller Kraft alle familienfreundlichen Kräfte der Gesellschaft mobilisieren.

■ BILDUNG

Partnerschaft, nicht Klassenkampf müssen künftigen Weg bestimmen

Die Bildungspolitik ist über Koop-Schulansätze, Rahmenrichtlinien, radikalierte Studentengruppen in Mißkredit geraten.

Chance und Aufgabe der Union bestehen nach Auffassung von MdB Hanna-Renate Laurien, Kultusminister von Rheinland-Pfalz und stellvertretende Parteivorsitzende, darin, das Vertrauen in leistungsfähige Bildungseinrichtungen zu stärken, zielbezogenes Lernen mit Umsteigemöglichkeiten im gegliederten Bildungssystem als das leistungsfähigere und menschenfreundlichere Konzept den integrierten „Gesamtsystemen“ in Schule und Hochschule entgegenzusetzen.

Das bedeutet

— Fachhochschulen bleiben selbständige Hochschuleinrichtungen und werden nicht denaturiert zum „Kurzstudien-gang“ in einer Gesamthochschule.

— Hauptschulen bleiben ein eigenständiger, chancenoffener Bildungsweg und werden kein unterster Englisch-, Mathe- matik- oder Physikkurs in einer integrierten Gesamtschule. Dies Konzept zwingt nicht alle unter ein Dach, es verwirklicht vielmehr die Zusammenarbeit der Selbständigen.

Schwerpunkt der Bildungspolitik bleibt in den nächsten Jahren der großen Schulentlassungsjahrgänge die berufliche Bildung. In der Partnerschaft von

Betrieb und Schule, von Wirtschaft und Staat, mit gezielten finanziellen Hilfen, nicht aber mit der Drohung einer Ausbildungsabgabe — wie die SPD sie vertritt —, kann das Ausbildungsangebot gesichert bleiben, die Jugend ihre Chance erhalten.

Die Berufsschule vermittelt nicht nur das notwendige fachtheoretische Wissen, sie muß im Deutschunterricht, in politischer Weltkunde, in Sport gerade auch dem Berufsschüler Weltorientierung eröffnen, ihm helfen, sein künftiges Leben als Familienmitglied, Berufstätiger, Staatsbürger zu bestehen. Bildung ist kein Sondergut nur für Gymnasiasten, sie soll jedem auf seine Weise vermittelt werden. Und: nicht nur die Schule bildet. Betrieb und Schule wirken zusammen. Partnerschaft, nicht Klassenkampf bestimmen den Weg.

Hochschulpolitik wird in diesem Sinne weiterhin Freiheit sichern müssen. Der berechtigten oder unberechtigten Resignation der Studenten antworten wir mit einer freiheitlichen Berufungspolitik, mit sachbezogener Studienreform, die berufliche Chance verbreitern soll, antworten wir mit der klaren Betonung der Forschungspolitik. Forschung von heute sichert den Arbeitsplatz von morgen. Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses bleibt über das Heisenberg-Programm hinaus wichtige Aufgabe.

Eine Fülle von Einzelaufgaben stellen sich, unter denen die schulische und

berufliche Förderung der Ausländerkinder und die berufliche Eingliederung Behindter besonderen Rang haben. Beide Aufgaben können nicht von Bildungspolitik allein gelöst werden, sie bedürfen der Unterstützung von Betrieben, Familien, Politik und Gesellschaft. Schwerpunkt der CDU-Bildungspolitik bleibt es, diesen Bereich nicht als Getto, nicht als „Nebel der Systemveränderung“, sondern als wichtigen Teil des menschlichen und gesellschaftlichen Lebens zu verdeutlichen. Gerade deshalb steht auch die inhaltliche Gestaltung von Schule und Hochschule, die Frage nach der Qualität zentral im Mittelpunkt. Lehrpläne, Schulbücher, Studien- und Prüfungsordnungen signalisieren die Richtung.

Bildungspolitik muß freiheitlich, darf nicht indoctrinierend gestaltet sein. Freiheitlichkeit darf jedoch nicht mit Beliebigkeit verwechselt werden. Staatliche Bildungsangebote müssen weltanschaulich neutral sein, aber das heißt nicht wertneutral.

Weltorientierung im Sinne unseres Grundgesetzes, das ist die verpflichtende Aufgabe. Jugend und Eltern können sich in den Ländern, in denen die Union Regierungsverantwortung trägt, auf die freiheitliche Vermittlung von Werten verlassen, dürfen auf die Partnerschaft von Schule und Elternhaus setzen.

Bildungspolitik umfaßt jedoch mehr als Schul- und Hochschulpolitik. Sie schließt die Förderung von Kunst, Orchestern, Theater, Museen, bildenden Künstlern, Komponisten und Pianisten genauso ein wie die Förderung von Musik- und Gesangverein. Förderung ist mehr als ein finanzieller Zuschuß. Kunst soll als Teil menschlicher Existenz erfahrbar werden.

Kulturelle Kompetenz auf vielfältige Weise zu fördern ist eine große vor uns liegende Aufgabe.

GEMEINDEN

Finanzreform fortführen

Die Fortführung der Gemeindefinanzreform bleibt als dringliche politische Aufgabe auf der Tagesordnung. Wenn auch beim letzten Steuerpaket schließlich im Vermittlungsverfahren ein akzeptabler Steuerausgleich für die Gemeinden gefunden wurde, so sind damit entscheidende Schritte für eine dauerhafte Verbesserung der Qualität der kommunalen Finanzausstattung noch nicht erfolgt, stellte MdB Horst Waffenschmidt, Bundesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU, fest.

1. Der unmittelbare Anteil der Gemeinden am Gesamtsteueraufkommen muß verbessert werden, 12 Prozent bis 13 Prozent Gemeindeanteil am Gesamtsteueraufkommen sind auf Dauer zu wenig angesichts der zunehmenden Aufgaben, zum Beispiel im Sozialbereich und beim Umweltschutz. Dabei muß nach wie vor untersucht werden, wo komplizierte Zuschußsysteme an die Gemeinden in direkte Steuerbeteiligung umgewandelt werden können.
2. Die Gemeinden müssen eine unmittelbare Beteiligung an der Mehrwertsteuer bekommen. Die Steuerreformdiskussion beweist, daß eine Verlagerung von den direkten Steuern zu den indirekten Steuern voranschreitet. Die Gemeinden sind bisher in erster Linie an direkten Steuern beteiligt, zum Beispiel bei der Einkommensteuer und bei der Gewerbesteuer.

■ KOALITION

Massen-Austritt

67 SPD-Mitglieder haben in Aachen aus Protest gegen die dort betriebene scharfe Linkspolitik ihren Austritt aus der Partei erklärt, darunter der bisherige SPD-Rats-herr Otto Boennemann.

Hierzu erklärte der Sprecher der CDU, Günther Henrich: Dieser Eklat kann von der SPD nicht als eine „Aachener Spezialität“ abgetan werden. In ihm wird vielmehr eine Grundstimmung deutlich, die zunehmendes Unbehagen und steigende Zweifel an dem Gesamtkurs der Partei signalisieren. Es ist bezeichnend, daß die Austrittserklärungen geschlossen Bundesgeschäftsführer Egon Bahr übersandt werden sollen. Dem SPD-Bundesvorstand wird vorgeworfen, die seit Monaten vorgebrachte Bitte um eine Aussprache über das Kesseltreiben des linken Flügels gegen gemäßigte SPD-Mitglieder ignoriert zu haben. Darin wird deutlich, daß die Parteiführung nicht mehr gewillt ist oder, noch schlimmer, nicht mehr in der Lage ist, dem Dauerlauf nach Linksaßen in der Partei Einhalt zu gebieten.

Nach dem Ausfall Willy Brandts wäre es die Stunde der Stellvertreter. Aber Helmut Schmidt ist vor den Linken in der SPD auf totale Tauchstation gegangen. Seine Parteiarbeit ist gleich Null. Hans Koschnick befindet sich voll auf Anpassungskurs. Er streitet sich mit Hans-Ulrich Klose mittlerweile darum, wer den linken Flügel, dem die Zukunft in der SPD zu gehören scheint, anführen darf. Und der gescheiterte Bundesgeschäftsführer Egon Bahr möchte lieber heute

als morgen seinen Stuhl in der Baracke räumen. Die SPD geht einen schlimmen Weg. Die Konsequenzen werden viele ziehen. Nicht nur in Aachen.

Selbständige rügen ihre Partei

Handwerker und andere selbständige Unternehmer, die Mitglieder der SPD sind, wehren sich bundesweit dagegen, daß ihre Partei mit der Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche in den Europawahlkampf ziehen will. Die „Arbeitsgemeinschaft Selbständiger in der SPD“ (AGS) setzt alles daran, daß das Thema noch einmal auf die Tagesordnung programmatischer Kongresse oder Parteitage kommt. Appelle und Forderungen mittelständischer SPD-Mitglieder bedrängen inzwischen den AGS-Bundesvorstand mit Formulierungen, die über die Sprengkraft des Themas keinen Zweifel lassen. In der Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen, deren Betriebsamkeit für das Spendenaufkommen der SPD nicht zu unterschätzen ist, fürchten die Funktionäre inzwischen, sie könnten bei ihrem Anhang jegliche Glaubwürdigkeit verlieren.

Unter Apel sinkt die Disziplin

Apels gezielte Art, den „zivilen“ Verteidigungsminister hervorzukehren, färbe zunehmend auf die Truppe ab und führe zu psychologischen Schwierigkeiten. Zu diesem Urteil kommt der Solinger CDU-Landtagsabgeordnete Bernd Wilz (er ist einer der beiden Wehrexperten seiner Fraktion) nach einer vierwöchigen Wehrübung als Hauptmann der Reserve. Wilz: „Apel sagt ja immer wieder, die ‚innere Haltung‘ sei wichtiger als ‚formale Disziplin‘ — aber formale Disziplin ist ein wichtiges Kriterium für die Kampfkraft einer Armee.“ Wilz, der be-

reits mehrere Wehrübungen hinter sich hat, glaubt allgemein ein „Absinken der Disziplin“ bei der Truppe feststellen zu können.

Einen „Skandal“ nennt es Wilz, daß es Kultusminister Girsingsohn (SPD) trotz mehrmaliger Zusagen bis heute unterlassen habe, ein Konzept vorzulegen, wie „Sicherheitspolitik“ in der Schule dargeboten werden soll. Wilz kritisiert: „In der psychologischen Unterstützung von Wehrdienstverweigerern entwickelt Girsingsohn weit größere Initiativen als in diesem schulpolitischen Auftrag.“

Parteibuchwirtschaft

Herbert Ehrenberg, Bundesarbeitsminister, verstärkt die SPD-Riege in seinem Haus. Von den acht Abteilungsleitern im BMA gehören jetzt fünf der SPD an. 1969 gehörten von sieben Abteilungsleitern drei der Union und einer der SPD an. Von zehn Unterabteilungsleitern waren 1969 zwei Unionsmitglieder. Jetzt sind von 14 Unterabteilungsleitern sechs in der SPD und einer in der Union. Die Betriebsgruppe der SPD ist inzwischen auf weit über hundert angewachsen.

Unnötiger Ärger

Zu dem angekündigten Rücktritt des NATO-Oberbefehlshabers US-General Alexander Haig am 30. Juni erklärte Willi Weiskirch, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, für die Allianz bedeute der Rücktritt dieses fähigen 54jährigen Generals einen schweren Verlust. Man müsse sich fragen, ob dieser Verlust nicht zu vermeiden gewesen wäre. Gerade mit dem wichtigsten Bündnispartner in Europa, mit der Bundesrepublik Deutschland,

habe der General in den letzten Monaten unnötig großen Ärger gehabt. Das habe mit dem Tauziehen um die Neutronenwaffe begonnen und mit dem von Bundesverteidigungsminister Hans Apel vom Zaun gebrochenen Streit um den Primat der Politik im Bündnis geendet. Gerade einer General, der den Vorrang der politischen über die militärische Führung nie in Zweifel gezogen hat, mußte es schwer treffen, wenn ihm der Chef der Bonner Hardthöhe beispielsweise den Wert der ohnedies mit allen Regierungen abgestimmten Manöverplanung der NATO schlankweg bestreiten wollte.

Die Gewalt und die Kirche

Gegen eine Unterstützung gewalttätiger Organisationen im südlichen Afrika durch kirchliche Einrichtungen hat sich mit Nachdruck der Bundesgeschäftsführer des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Peter Egen, in einer Sendung des Hessischen Rundfunks ausgesprochen. Der Beitrag beschäftigte sich mit dem Thema: „Unterstützt die Kirche Gewalt im südlichen Afrika?“

Juso-Chef greift Schmidt an

Personenkult und einen „unsolidarischen Erpressungsversuch“ gegenüber der schleswig-holsteinischen SPD hat der Bundesvorsitzende der Jungsozialisten, Gerhard Schröder, in Hannover Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) vorgeworfen. Schröder bezog sich damit auf eine Äußerung Schmidts gegenüber der Hamburger Illustrierten „Stern“, er werde sich nur dann im Wahlkampf für die schleswig-holsteinische SPD einsetzen, wenn diese sich auf den Boden seiner Politik stelle.

■ WOHNUNGSBAU

Unerwünschte Spekulanten stören Lockerung des Wohnungsmarktes

Einige wenige Fälle unseriöser Geschäftspraktiken in einigen wenigen Großstädten der Bundesrepublik Deutschland, die keineswegs verharmlost oder gar entschuldigt werden sollen, werden gegenwärtig zum Anlaß genommen, die Wohnungseigentümer und Vermieter pauschal mit dem Etikett des Spekulantentums zu diskriminieren und damit erneut das Verhältnis von Miatern und Vermietern zu belasten. Schon wird auch wieder, selbst vom zuständigen Ressortminister, der Ruf nach einer weiteren Verstärkung der Rechte der Mieter erhoben, stellte MdB Oscar Schneider, Vorsitzender des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, fest.

A nlaß, Interesse und Zielrichtung der Spekulationsdiskussion liegen auf der Hand. Durch die Ausdehnung der steuerlichen Vergünstigungen des Paragraphen 7 b EStG und der Grunderwerbsteuerbefreiung auf den Althausbestand ist Bewegung in den Wohnungsmarkt gekommen. Die Untersuchung einer Bausparkasse belegt, daß inzwischen in den Städten über 100 000 Einwohner mehr Gebraucht- als Neubauwohnungen erworben werden. Die verbesserten Möglichkeiten des Eigentumserwerbs kommen in erster Linie einkommensschwächeren Haushalten zugute und tragen mit dazu bei, die

Abwanderung aus den Innenstädten in die Stadtrandgebiete zu bremsen.

Inzwischen liegt dem Bundestag der vom Landtag Nordrhein-Westfalen eingebrachte Entwurf des Wohnungsbauänderungsgesetzes 1978 vor, der darauf abzielt, für den Fall der Rückzahlung der öffentlichen Mittel bei nicht vermieteten Wohnungen sofort die Freistellung von Belegungs- und Mietpreisbindungen zu erlangen.

Bei vermieteten Wohnungen sollen für den Fall der Rückzahlung der öffentlichen Mittel die Bindungen dagegen für die Dauer des Mietverhältnisses, längstens bis zum Ablauf der „Nachwirkungsfrist“ von zehn Jahren fortbestehen. Gebiete mit erhöhtem Wohnbedarf sollen indessen generell von diesen Möglichkeiten ausgenommen bleiben.

Diese Teilliberalisierung des sozialen Wohnungsbauwesens wird von der Wohnungswirtschaft allgemein begrüßt. Sie bewirkt eine wünschenswerte Mobilisierung öffentlicher Mittel, verbreitert in Verbindung mit dem neuen Paragraphen 7 b die Möglichkeiten zur Eigentumsbildung im Wohnungsbau gerade auch für einkommensschwächere Haushalte und ist nicht zuletzt ein erster notwendiger Schritt zu mehr Marktwirtschaft in dem überreglementierten Bereich der Wohnungswirtschaft.

Wissen muß man weiter, daß die Bundesregierung gehalten ist, einen Erfahrungsbericht über die Auswirkungen

des Paragraphen 7 b EStG mit Vorschlägen für eine familienfreundlichere Ausgestaltung sowie eines möglichen Wegfalls der Grunderwerbsteuer vorzulegen. Im Januar 1979 ist der Bericht über die Auswirkungen des Wohnraumkündigungsschutzgesetzes fällig. Beide Berichte werden gesetzgeberische Konsequenzen zur Folge haben.

Die bisherigen öffentlichen Diskussionen und politischen Beratungen der genannten Vorhaben zeigen, daß insbesondere starken Kräften der SPD die ganze Richtung, die die wohnungswirtschaftliche Entwicklung nimmt und nehmen soll, nicht paßt. Bezeichnend ist doch, daß sich die Bundesregierung bisher immer noch nicht verbindlich zu den Liberalisierungsvorschlägen des Landes NRW geäußert hat, andererseits aber einräumen mußte, daß seit dem Inkrafttreten des neuen Paragraphen 7 b im ganzen Bundesgebiet von über vier Millionen Sozialwohnungen nur 4 500 in Eigentumswohnungen umgewandelt wurden.

Die CDU/CSU widersetzt sich allen Versuchen, mit dem Schreckgespenst der Spekulation die notwendige und wünschenswerte Auflockerung des Wohnungsmarktes unterlaufen zu wollen und wegen einiger weniger Fälle unseriöser Geschäftspraktiken das gesamte Rechtsgefüge auf dem Wohnungssektor erneut zu Lasten der Vermieter zu verschieben und damit den Rechtsfrieden zwischen Vermietern und Mietern generell zu belasten.

Nicht die Verstärkung der Rechte der Mieter, sondern ihre bessere Aufklärung über die ihnen zustehenden Rechte ist notwendig, wie selbst die Bundesregierung und der Deutsche Mieterbund einräumen mußten.

Der in diesem Zusammenhang von Bundesminister Haack gemachte Vor-

schlag, die Frist, nach der der Erwerber einer früheren Mietwohnung wegen Eigenbedarfs kündigen kann, von drei auf fünf Jahre zu verlängern, entbehrt jeder sachlichen Rechtfertigung. Er ist sozial und wirtschaftlich unvertretbar.

Im Ergebnis würde damit der neue Paragraph 7 b wieder rückgängig gemacht werden, dessen Inanspruchnahme voraussetzt, daß der Erwerber oder seine Familienangehörigen das erworbene Objekt binnen fünf Jahren mindestens ein Jahr lang selbst nutzen.

Es hat sich im übrigen gezeigt, daß die wenigen bisher bekanntgewordenen Fälle unseriöser Geschäftspraktiken überwiegend von sogenannten „Aufkäufern“ ganzer Wohnungsblocks zu verantworten sind. Die Veräußerung von Wohnungen im Block an Aufkäufer wird aber im wesentlichen durch das geltende Steuersystem ausgelöst und begünstigt. Einer direkten Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen und ihrer späteren Veräußerung durch die Wohnungsunternehmen stehen vor allem Paragraph 6 b EStG und Paragraph 9 Ziff. 1 Satz w GewStG entgegen. Paragraph 6 EStG, der die Re-Investition von Veräußerungsgewinnen begünstigt, ist nicht in den Fällen anwendbar, in denen ein Gebäude zum Zwecke der Veräußerung in Eigentumswohnungen umgewandelt wird. Paragraph 9 Ziff. 1 Satz 2 GewStG führt bei der Veräußerung nur einiger weniger Wohnungen zur Gewerbesteuerpflicht mit dem Gesamtvermögen.

Auch von daher ist es also dringend geboten, endlich der seit langem erhobenen Forderung der CDU/CSU Rechnung zu tragen, die bestehenden steuerlichen Ungereimtheiten und Ungleichgewichtigkeiten im Zusammenhang mit der Umwandlung und Veräußerung von Mietwohnungen abzubauen.

■ 35-STUNDEN-WOCHE

Ludwig Erhard war nicht dafür

Bundeskanzler Schmidt tritt mit der SPD für die 35-Stunden-Woche ein und empfiehlt seiner Bundestagsfraktion „brachial darauf hinzuweisen, daß Professor Erhard 1965 in seiner Wahlpropaganda die 35-Stunden-Woche für 1975 proklamiert hat“. Die Wahrheit sieht jedoch anders aus, stellt MdB Hans-Jörg Häfele, finanzpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, fest.

Es stimmt zwar, daß am 22. August 1965 während des Bundestagswahlkampfes in der „Quick“ ein CDU-Inserat mit dem Bild von Bundeskanzler Erhard erschien, welches das Fällen der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden bis 1975 ankündigte. Schon wenige Tage später hat sich die CDU jedoch ausdrücklich von diesem Inserat distanziert. Darüber hat die Presse Anfang September 1965 berichtet.

Das Inserat war eine technische Wahlkampfpanne. Es stammte von übereifrigen Wahlkampfwerbeleuten, die sich nicht mit Ludwig Erhard abgesprochen hatten und eine von der CDU nicht gebilligten vermeintlichen Wahlkampfag anbringen wollten.

Jeder weiß, daß der zum Maßhalten mahnende Bundeskanzler Erhard beim besten Willen nicht als Kronzeuge für überzogene Forderungen beansprucht werden darf. Die Zitate aus jener Zeit sprechen für sich:

In seiner Regierungserklärung vom 11. November 1965 führte Bundeskanzler

Erhard nach der gewonnenen Bundestagswahl aus:

„Ein Volk, das auf breitesten Grundlage den Wohlstand mehren und auch in Arbeitnehmerhand die Vermögensbildung fördern will,

— ein Volk, das neben dem wirtschaftlichen Wiederaufbau hohe Kriegsfolgelasten zu tragen hat,

— ein Volk, das, um auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig zu bleiben, ständig hohe Investitionen vornehmen muß,

— ein solches Volk sollte sich nicht Überlegungen nach Verkürzung der Arbeitszeit hingeben.“

In einem Interview, das Ludwig Erhard im Juni 1966 der „Weltwoche“ gab, heißt es:

„Wenn wir in Deutschland glauben, den allgemeinen Lebensstandard über die jährliche Leistungssteigerung der Volkswirtschaft hinaus erhöhen zu können, müssen wir entweder mehr arbeiten, oder wir bezahlen die Überforderung mit einer entsprechenden Inflationsrate.“

Für Ludwig Erhard war immer klar und dies hat er in der praktischen Politik bewiesen: Soziale Fortschritte, vor allem Arbeitszeitverkürzungen, sind in erster Linie eine Folge von wirtschaftlichen Fortschritten — nicht umgekehrt. Bundeskanzler Schmidt sollte Professor Erhard nicht als falschen Zeugen benutzen. Er sollte ihm vielmehr in dessen vernünftiger Wirtschaftspolitik nachhelfen.

■ PARTEIARBEIT

Ideen – Taten – Aktionen

1978 haben viele Verbände interessante öffentlichkeitswirksame Aktionen mit großer Breitenwirkung durchgeführt. Diese haben wir neben neuen Ideen im UiD vorgestellt. Auch im neuen Jahr wollen wir Anregungen weitergeben, die in anderen Bereichen abgewandelt auf örtliche Verhältnisse in die Tat umgesetzt werden können.

Kulturtelefon

Das von einem CDU-Stadtrat in Kiel während seiner Kulturdezernentenzeit eingerichtete „Kulturtelefon“ hat sich in jeder Hinsicht bewährt. Durch Anruf der Nummer 11 56 können sich alle Kieler eine private Dichterlesung per Telefon leisten. Im wöchentlichen Wechsel tragen schleswig-holsteinische Autoren Lyrik vor. Insbesondere Kranke, Gehbehinderte und Blinde kommen so in den Genuss des nahezu unmittelbaren Vortrages durch den Dichter selbst.

Freizeitmöglichkeiten

Nach einer Fragebogenaktion der Jungen Union in Attendorf und Umgebung sind weit über die Hälfte der befragten Jugendlichen mit dem Freizeitangebot nicht zufrieden. Die daraufhin durchgeführte Podiumsdiskussion über dieses Thema brachte erste Vorschläge zur Verbesserung der Freizeitmöglichkeiten.

Aktion Sauberes Grün

Der Umweltschutz ist zu einem wichtigen Faktor in unserem Leben geworden. Die Forderung nach mehr Grün in den Städten ist verständlich. Wichtig ist aber auch, daß die vorhandenen Grünflächen gepflegt werden. Die CDU

Mainz-Neustadt ruft deshalb die Mitbürger einmal im Monat auf, die Fußgänger- und Grünzonen des Stadtbezirks von Unrat und Unkraut zu befreien. Die Aktionen kommen bei der Bevölkerung gut an und finden die entsprechende Unterstützung.

Verkehrsquiz

Im Rahmen der Aktion „Kinderfreundliche Gemeinde“ schrieb der CDU-Kreisverband Herne ein Verkehrsquiz für Eltern und Kinder aus, um auf die Gefahren im Verkehr aufmerksam zu machen. Bei den vier Fragen:

Warum sollen die Erstkläßler auf dem Schulweg gelbe Mützen tragen?

Was tut ein Schülerlotse?

Warum ist es gefährlich, wenn Kinder zwischen geparkten Autos am Fahrbahnrand spielen?

Wo kommt man am sichersten über die Straße?

mußte jeweils die richtige unter den vorgegebenen Antworten angekreuzt werden. Preise wie ein Kinderfahrrad, ein Kassettenrecorder, ein Kofferradio, Tennisspiele, Schallplatten, Bücher und Lucki-Lucks-Figuren wurden an die über 200 Teilnehmer übergeben. Neben der Preisverteilung wurde ein Verkehrs-

film gezeigt und der Verkehrskasper kam zu Besuch.

Sichere Energieversorgung?

Der CDU-Kreisverband Wuppertal hat ein Informationsblatt „Wie steht's um unsere Energieversorgung?“ herausgegeben. Darin wird auf den enormen Energieverbrauch und auf die Verteilung des Energiebedarfs in Deutschland hingewiesen. Eindrucksvoll ist aufgezeigt, daß Erdöl nur noch 30 Jahre, Erdgas nur 40 bis 50 Jahre, Kohle 200 Jahre und Uran viele hundert Jahre reichen.

Die Energieprobleme sind lösbar, wenn sich alle richtig verhalten und wenn ausgewogene politische Entscheidungen getroffen werden.

Danach ist der richtige Weg und die Meinung der CDU zu diesem Thema aufgezeigt. — Insgesamt eine aufschlußreiche Information für den Bürger.

CDU-Kreisverband Wuppertal

Friedrich-Engels-Allee 426
5600 Wuppertal 2

Europäische Partnerschaften

Im Geiste einer europäischen Zusammenarbeit beschlossen die Junge Union Gütersloh und die Jungen Konservativen der Stadt Broxtown in England eine enge und dauerhafte Partnerschaft. Sie soll dem gemeinsamen Ziel dienen, ein vereinigtes Europa für uns alle zu schaffen.

Schon vor einiger Zeit schloß auch die Stadt Gütersloh auf Anregung der Jungen Union ein Partnerschaftsverhältnis mit der französischen Stadt Châteauroux und der englischen Stadt Broxtown.

Angesichts der bevorstehenden Europawahlen kann diese Initiative Vorbild

für andere Verbände sein, um Verständnis in der Bevölkerung zu schaffen und durch Partnerschaften einen wichtigen Beitrag für die Sicherung eines vereinigten demokratischen Europas zu leisten.

Steuertips für Vereine

Der CDU-Stadtverband Rheinfelden hat sich in einer Aktion direkt an wichtige Multiplikatoren gewandt: Alle Vorsitzenden und Vorstandsmitglieder der Rheinfelder Vereine erhielten ein Schreiben, in dem die Hilfe der Mandatsträger und Abgeordneten angeboten wurde. Ein zur Orientierung beigelegter „Ministadtplan“ wies auf die Lage der CDU-Geschäftsstelle und die Zeiten der Sprechstunden hin. Vervollständigt wurde die Aktion durch die Beifügung der von der CDU-Landtagsfraktion erarbeiteten Broschüre „Steuertips für Vereine“.

Mitgliederwerbung

Der CDU-Kreisverband Darmstadt hat in Zusammenarbeit mit der Bundesgeschäftsstelle eine Mitgliederwerbekktion (ausführlich beschrieben im Regiebuch 1 — Mitgliederwerbung) durchgeführt. Beteiligt waren daran sechs Stadt- und Gemeindeverbände. Insgesamt wurden 250 Personen angeschrieben, von denen 53 Mitglieder unserer Partei wurden.

Haben auch Sie Ideen oder neue Aktionsvorschläge? Schreiben Sie uns!
CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Öffentlichkeitsarbeit, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1.

PS. Falls Sie Unterlagen über die Aktionen von den o. a. Verbänden anfordern, legen Sie bitte Rückporto bei.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELENDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 CX
GEBÜHR BEZAHLT

ZITAT

Isolierter Genscher

Arme FDP. Der von rechts und links angeschlagene Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher hat nicht einmal mehr die Freiheit, in einem verantwortungsvollen Rahmen als Chef der Freidemokraten zurückzutreten. Gegen die Rücktrittsdrohung richtet sich der ganze Zorn der FDP-Basis. Die Rebellenmeinung — kein Weiterbau des Schnellen Brüters in Kalkar — bekommt neuerdings immer mehr Aufwind. Die Führung der FDP wird zunehmend mehr isoliert. Es ist bemerkenswert, wie blind die freidemokratischen Mitglieder gegenüber der kritischen Lage ihrer Partei sind. Allen Ernstes beklagten baden-württembergische Delegierte des „Dreikönigstreffens“, daß sich die FDP-Führung in der Kalkar-Frage nicht entsprechend der Meinung der Rebellen und des letzten Parteitages gegenüber Helmut Schmidt durchgesetzt habe. Mit dem „Durchsetzen“ des kleineren Partners, mit der vielgerühmten „Brem-

serolle“ der FDP ist es seit dem Moment vorbei, da Genscher endgültig aufgehört hat, die CDU/CSU als möglichen Bonner Koalitionspartner für 1980 oder gar früher anzusehen und dem SPD-Kanzler mit einem Partnerwechsel zu drohen.

(Kölnische Rundschau, 8. 1. 1979)

Nach der Schlacht

Dieser Abschluß kommt uns teuer zu stehen — zu teuer. Mit ihm ist die Lohnrunde 1979 programmiert, falsch programmiert. Lohn erhöhungen von 4 v. H. im Schnitt frommten 1979 der Wirtschaft, 5 v. H. wären allenfalls verkraftbar, beim Stahlabschluß steht unter dem Strich eine 7. Werden sich die Arbeitnehmer der Weiterverarbeitung und anderer Branchen mit weniger begnügen? Dem zaghaften Aufschwung ist, wenn's schlimm kommt, der Schneid abgekauft, mehr Inflation oder höhere Arbeitslosigkeit Tür und Tor geöffnet. Statt mehr Leute einzustellen, werden die Hütten stärker rationalisieren, im Zweifelsfalle also Leute freisetzen.

(Westdeutsche Allgemeine, 9. 1. 1979)

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelenderstraße 173, Telefon (0 22 21) 22 10 81. Verlagsleitung: Peter Müllenbach. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00. Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD